



INLAND

Der Weltflüchtlingstag soll in Erinnerung rufen, dass niemand ohne Grund flüchtet. SEITE 3



SPORT

Der FCV hat gestern die Verpflichtung von neun neuen Spielern bekannt gegeben. SEITE 15

AAC
Revision und Treuhand AG
Steuererklärungen
T +423 263 00 33 • www.aac.li

Optics Balzers hofft auf zweites Halbjahr

Die Wirtschaftskrise hat dem Beschichtungsunternehmen Optics Balzers, einer ehemaligen Konzerndivision der OC Oerlikon, das erste Halbjahr verhegelt. Kurz nach dem Start als eigenständiges Unternehmen im Januar musste Kurzarbeit eingeführt und Personal abgebaut werden. Grund zum Jammern besteht für Geschäftsführer Martin Kaspar trotzdem nicht: Er erwartet im dritten Quartal eine steigende Auftragslage und im vierten Quartal gar einen Wachstumsschub.

WIRTSCHAFT REGIONAL

Machtwort gesprochen

Der oberste geistliche Führer des Irans, Ayatollah Ali Chamenei, hat die umstrittene Präsidentschaftswahl für rechtens erklärt. In seinem ersten Auftritt seit der Wahl warnte er die Opposition vor weiteren Protesten und verbat sich die Kritik westlicher Länder. Beim Freitagsgebet in der Hauptstadt Teheran stellte sich Chamenei klar hinter Amtsinhaber Mahmud Ahmadinedschad.

SEITE 25

Weitere Milliarden bewilligt

Der US-Kongress hat rund 80 Milliarden Dollar zusätzlich für die Finanzierung der Kriege im Irak und Afghanistan gebilligt. Nach dem Abgeordnetenhaus votierte der Senat mit 91 gegen 5 Stimmen für die Vorlage. Die zusätzlichen Gelder sind in einem insgesamt 106 Milliarden Dollar umfassenden Nachtragset für das laufende Budgetjahr enthalten. (sda)

HEUTE

Die Zweite	2
Inland	3-13
Boulevard	14
Sport	15-18
Schnell gefunden	19
Tag des Schlafs	20
Gesund und vital	21
Blickpunkt	22
Kultur	23, 24
Ausland	25
TV-Programme	26, 27
Die Letzte	28

ZUSÄTZLICHE FOTOS ZU DEN BEITRÄGEN:
WWW.VATERLAND.LI/FOTOGALERIE

Vaduzer Medienhaus AG
Liechtensteiner Vaterland
Lova Center, 9490 Vaduz, Fax +423 236 16 17
E-Mail Redaktion: redaktion@vaterland.li
E-Mail Sportredaktion: sport@vaterland.li
E-Mail Marketing: marketing@vaterland.li



TIEA und US-Amtshilfegesetz: «Wichtiger Schritt für Finanzplatz»

Der Landtag befasst sich kommende Woche mit dem Steuerinformationsaustauschabkommen (TIEA) mit den USA und dem entsprechenden Umsetzungsgesetz. Die Präsidenten des Bankenverbands, der LIHK und der Rechtsanwaltskammer empfehlen ein klares Ja.

Von Günther Fritz

Das Übereinkommen mit den USA über die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch in Steuersachen wurde am 8. Dezember 2008 in Vaduz unterzeichnet. Die Amtshilfe zwischen Liechtenstein und den USA bei Steuerbetrug und -hinterziehung wird nun auf eine rechtliche Basis gestellt. Mit dem entsprechenden Umsetzungsgesetz zum Tax Information Exchange Agreement (TIEA) wird sich der Landtag an seiner Sitzung vom 24. bis 26. Juni befassen.

Erklärung vom 12. März untermauern Wie Regierungschef Klaus Tschütscher nach der Verabschiedung des US-Steueramtshilfegesetzes zuhaden des Landtags erklärte, sei dies ein wichtiger Schritt, weil Liechtenstein mit der fristgerechten innerstaatlichen Umsetzung des Steuerinformationsaustauschabkommens mit den USA seine Erklärung vom 12. März untermauern könne. Damit setze Liechtenstein ein klares Zeichen gegenüber der internationalen Staatengemeinschaft, dass es ein glaubwürdiger Partner ist. Dies sei gerade im Hinblick auf die laufenden und künftigen Verhandlungen über Steuerkooperationsabkommen von grosser Bedeutung.

Diese Ansicht von Regierungschef Klaus Tschütscher wird von den Verbandspräsidenten der Liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer (LIHK), des Bankenverbands und der Rechtsanwaltskammer vollkommen geteilt. In einer öffentlichen Stellungnahme unterstützen LIHK-Präsi-



«Mit diesem Gesetz werden sensible Steuerdaten auch in Zukunft nicht ohne eine zielgerichtete und individuelle Anfrage ins Ausland herausgegeben»: Klaus Risch, Präsident der Liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer (LIHK), Mario Frick, Präsident der Liechtensteinischen Rechtsanwaltskammer, und Adolf E. Real, Präsident des Liechtensteinischen Bankenverbandes, unterstützen das Steuerinformationsaustauschabkommen (TIEA) und das US-Amtshilfegesetz. Bilder Archiv



dent Klaus Risch, Bankenverbandspräsident Adolf E. Real und Anwaltskammerpräsident Mario Frick das TIEA und das US-Amtshilfegesetz. In ihrer gemeinsame Erklärung bringen sie unmissverständlich zum Ausdruck, was die Wirtschaft von den Landtagsabgeordneten erwartet. Dazu führt LIHK-Präsident Klaus Risch aus: «Die Verabschiedung des Amtshilfegesetzes durch den Landtag ist ein wichtiger Baustein für eine konstruktive Zusammenarbeit und gute Beziehungen mit den USA.» Eine Ablehnung könne Liechtenstein sich nicht leisten, da damit unnötige Hindernisse für die wirtschaftliche Zusammenarbeit aufgebaut würden.

Für freien Zugang zu US-Märkten Mit Inkrafttreten des Amtshilfegesetzes und der damit verbundenen Umsetzung des TIEAs gewährleistet die Regierung den liechtensteinischen Banken zudem die Rahmenbedingungen für eine Verlängerung des sogenannten Qualified-Intermediary-Status (QI-Status) für einen Zeitraum von weiteren sechs Jahren. Dazu erklärt Adolf E. Real, Präsident des Liechtensteinischen Bankenverbands: «Der QI-Status sichert den liechtensteinischen Banken den freien Zugang zu den US-Märkten und ist damit ein wesentlicher Bestandteil der Reputation und internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes. Auch vor diesem Hintergrund unterstützen wir das nun vorliegende Amtshilfegesetz.»

Rechtssicherheit gewährleisten

«Mit diesem Abkommen und dem nun zu beschliessenden Gesetz kann die Rechtsstaatlichkeit in den Verfahren gewährleistet werden und das ist für uns entscheidend», betont Mario Frick, Präsident der Rechtsanwaltskammer. Nach Ansicht der drei Verbandspräsidenten ist das US-Steueramtshilfegesetz «ein wichtiger Schritt für den Finanzplatz Liechtenstein». Das TIEA-Umsetzungsgesetz biete ein klares Gerüst, an dem sich Finanz-

intermediäre, aber auch Kunden selbst künftig verlässlich orientieren können, heisst es in der gemeinsamen Stellungnahme. Der im Rahmen des Amtshilfegesetzes vorgesehene Informationsaustausch erfolge ausschliesslich im Rahmen einer präzisierten Anfrage, d. h. die Identität des betroffenen Steuerpflichtigen und detaillierte Angaben über den zugrunde liegenden Sachverhalt müssen vorliegen, damit dem Ersuchen um Einblick in die entsprechenden Dokumente stattgegeben werden kann. Falls zur Beschaffung der verlangten Informationen Zwangsmassnahmen notwendig sein sollten, habe darüber ein unabhängiger Richter zu entscheiden. Somit bestehe Rechtssicherheit beim Schutz der Privatsphäre für Bankkunden, halten die Verbandspräsidenten in ihrer gemeinsamen Erklärung fest. Das klare Bekenntnis der Verbandspräsidenten zum TIEA und dem entsprechenden Umsetzungsgesetz dürfte im Landtag wohl kaum ungehört bleiben.

GEMEINSAME ERKLÄRUNG SEITE 5

Italien schob 76 Migranten nach Libyen ab

Eine Gruppe von 76 Migranten ist von der italienischen Küstenwache am Freitag nach Libyen abgeschoben worden, wie das jüngst in Kraft getretene Kooperationsabkommen zwischen den beiden Ländern zur Bekämpfung der illegalen Migration vorsieht.

Lampedusa in maltesischen Gewässern gesichtet und an die libyschen Behörden übergeben, berichtete die italienische Küstenwache.

Die Zwangsrückführung von Flüchtlingen nach Libyen wurde von internationalen Menschenrechtsorganisationen scharf kritisiert. Das Uno-Flüchtlingshilfswerk UNHCR hatte Rom in den vergangenen Tagen wiederholt wegen der Abschiebung von im Mittelmeer aufgegriffenen Migranten nach Libyen kritisiert. Libyen gebe keinerlei Garantien für

den Schutz der Menschenrechte, betonten UNHCR-Sprecher. Die Regierung von Silvio Berlusconi hatte daraufhin erwidert, sie wolle auf ihrer strengen Einwanderungspolitik beharren.

Zweite derartige Aktion

Italien hatte im Mai erstmals auf hoher See aufgegriffene Flüchtlinge direkt nach Libyen zurückgeschickt, ohne dass die Migranten italienischen Boden betreten konnten. Normalerweise wären die Ausländer in Italien

aufgenommen worden und hätten dann ein Asylverfahren durchlaufen müssen.

Die Rückführung der Flüchtlinge sei durch eine Verbesserung des libysch-italienischen Verhältnisses möglich geworden, teilte die italienische Regierung mit. Beide Länder hatten Anfang des Jahres ein Abkommen unterzeichnet, das besagt, dass der nordafrikanische Staat Libyen für das erlittene Unrecht während der italienischen Kolonialzeit entschädigt werden soll. (sda)